



HESSEN



Bericht aus Brüssel

04/2025 vom 14.02.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	9
Energie.....	9
Digital.....	10
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	11
Finanzen.....	13
Soziales.....	14
Landwirtschaft und Umwelt.....	15
Justiz.....	16
Inneres.....	19
Bildung und Kultur.....	20
Information, Kommunikation und Medien.....	21
EU-Förderprogramme.....	21
Vorschau.....	21

Europäischer Rat; informeller Gipfel am 03.02.2025

Die Staats- und Regierungschefs sind am 03.02.2025 zu einem informellen Europäischen Rat (ER) in Brüssel zusammengekommen. NATO-Generalsekretär Mark Rutte und GBR-Premierminister Keir Starmer nahmen am Gipfel teil. Schwerpunkt war die europäische Verteidigung, aber auch die Beziehungen zur neuen US-Administration, insbesondere mit Blick auf die Ankündigung von Sonderzöllen durch US-Präsident Trump, wurden diskutiert. Förmliche Schlussfolgerungen wurden nicht verabschiedet; ER-Präsident António Costa fasste die Ergebnisse in einer Erklärung zusammen: Man wolle sich bei den Verteidigungsfähigkeiten auf die kritischsten Lücken konzentrieren – Luft- und Raketenabwehr, Raketen und Munition, militärische Mobilität sowie strategische Voraussetzungen. Zur Verbesserung der Finanzierung soll die Europäische Investitionsbank (EIB) ihr Engagement verstärken. Costa sagte auch, das Thema sei relevant für die Diskussionen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028 und gab an, die Kommission werde die Flexibilität im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausloten. Des Weiteren betonte er die Partnerschaften mit der NATO, GBR sowie den USA. Der nächste ER findet am 20./21.03.2025 statt und soll insbesondere den Themen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit gewidmet sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2025/02/03/>

Kommission; Arbeitsprogramm 2025

Die Kommission hat am 12.02.2025 ihr Arbeitsprogramm 2025 vorgelegt. Die Kommission nimmt jedes Jahr ein Arbeitsprogramm an, in dem sie ihre wichtigsten Initiativen und politischen Prioritäten für das Jahr darlegt. Die übergeordneten Ziele des Arbeitsprogramms 2025 sind laut Kommission die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, die Sicherheit zu erhöhen und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit in der EU zu stärken. Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 enthält neue politische Initiativen zu den 2024 vorgestellten Prioritäten der neuen Kommission. Die Titel der Initiativen lauten: Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa; Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit; Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken; Unsere Lebensqualität erhalten: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur; Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren; Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen; Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten. Ein weiterer Schwerpunkt des neuen Arbeitsprogramms ist die Vereinfachung der Vorschriften der EU und deren effektive Umsetzung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_466

Kommission; Mitteilung zur Entbürokratisierung vorgelegt

Die Kommission hat am 12.02.2025 eine Mitteilung mit dem Titel „Implementation and Simplification“ veröffentlicht, in der sie innovative Politiken zur Entbürokratisierung bei gleichzeitigem Erhalt hoher Standards vorschlägt. Ziel sei es, die regulatorische Belastung für Bürger, Unternehmen und Verwaltungen in der EU zu verringern und Investitionen zu fördern. Vorgeschlagen werden Maßnahmen zur Vereinfachung von Vorschriften, welche Chancen, Innovationen sowie Wachstum anregen sollen. Zudem werde eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Interessengruppen angestrebt, um die Umsetzung von Regeln zu verbessern und die regulatorische Effizienz zu steigern.

https://commission.europa.eu/document/download/8556fc33-48a3-4a96-94e8-8ecacef1ea18_en?filename=250201_Simplification_Communication_en.pdf

Kommission; Einführung einer neuen Generaldirektion „Naher Osten, Nordafrika und Golf-Region“

Am 03.02.2025 gab Kommissarin Dubravka Šuica die Schaffung der Generaldirektion für den „Nahen Osten, Nordafrika und den Golf“ (MENA) bekannt, die auch als zentrale Anlaufstelle der Kommission für alle Mittelmeerländer fungieren und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Investitionen, Sicherheit, Migration und wirtschaftlicher Stabilität vorantreiben soll. MENA werde sich auch auf die Zusammenarbeit mit den Golf-Staaten konzentrieren. Ziel sei es, die digitale Transformation und Innovationskraft zu fördern sowie die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeer- und Golf-Staaten zu intensivieren. Im ersten Schritt werde die Kommission die Entwicklung digitaler Infrastrukturen unterstützen, den Austausch von Wissen vorantreiben sowie Start-ups in der Region fördern. Ein besonderes Augenmerk liege auf den Bereichen E-Governance, der Digitalisierung der Wirtschaft sowie der Unterstützung von Start-ups.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_395

Kommission; Neue Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft

Ab dem 01.02.2025 verfügt die Kommission über eine neue Generaldirektion für Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST), die für die Erweiterungs- und Beitrittsverhandlungen mit Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern für den Beitritt zur Europäischen Union zuständig ist. Hauptaufgaben der GD ENEST sollen die regionale Zusammenarbeit und regionale Initiativen sein, einschließlich der schrittweisen Integration der Beitrittskandidaten im Zuge ihrer Bemühungen um den Beitritt zur EU. Ebenfalls soll sie den größten Teil der finanziellen und technischen Hilfe der EU für die Erweiterungspartner sowie für die östlichen Nachbarländer der EU, wie Armenien, Aserbaidschan und Belarus, verwalten. Darüber hinaus soll die neue Generaldirektion die Ukraine kontinuierlich und nachhaltig unterstützen, die Arbeit zur Erholung und zum Wiederaufbau der Ukraine fortsetzen und die Geberplattform für die Ukraine betreuen.

https://enlargement.ec.europa.eu/news/commission-directorate-general-focus-enlargement-and-eastern-neighbourhood-2025-02-03_en

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Stärkung der Europäischen Verteidigung

Am 10.02.2025 trafen sich der Kommissar für Verteidigung und Weltraum, Andrius Kubilius, und der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius in Berlin, um über die Stärkung der europäischen Verteidigung zu sprechen. Kubilius bezeichnete den Besuch als eine wichtige Gelegenheit, um konkrete Maßnahmen für das kommende Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung zu diskutieren. Ein gemeinsamer europäischer Ansatz könne die Wettbewerbsfähigkeit der Verteidigungsindustrie steigern und einen Mehrwert schaffen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommissar-kubilius-berlin-starkung-der-europaischen-verteidigung-unterstutzung-der-ukraine-2025-02-10_de?prefLang=en

Kommission; Unterstützung der Ukraine

Die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, hat gemeinsam mit den Außenministerinnen und -ministern von DEU, FRA, POL, ESP und GBR am 13.02.2025 ein Statement zur

Ukraine veröffentlicht. Darin betonen sie die Bereitschaft, die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken und dem Land so lange zu helfen, bis ein gerechter, umfassender und dauerhafter Frieden erreicht ist. Ein solcher Frieden sei auch eine notwendige Voraussetzung für eine starke transatlantische Sicherheit. Weiterhin gingen sie auf die Bedeutung ein, die kollektiven Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. https://www.eeas.europa.eu/eeas/ukraine-statement-weimar-support-ukraine_en?etrans=de

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 10.-13.02.2025 in Straßburg

Kompass für Wettbewerbsfähigkeit

Kommissionsvizepräsident Stéphane Séjourné stellte dem Plenum am 12.02.2025 den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vor. Er sprach von „dringendem Handlungsbedarf“. Die Diagnose sei eindeutig: Europa laufe Gefahr, sich noch mehr zu verlangsamen, und müsse seine Transformationen und Reformen schneller vorantreiben, insbesondere im Vergleich zu den großen Konkurrenten, den USA und China. Das Risiko eines wirtschaftlichen Absturzes sei sehr real. Die Europäische Union sei „sehr weit davon entfernt, ihr Potenzial auszuschöpfen“. Er denke dabei insbesondere an den Binnenmarkt. Um diese Situation zu ändern, setze der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit drei große Prioritäten. Diese seien erstens der Fahrplan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit, zweitens das Schließen der Innovationslücke und drittens die Verringerung von Abhängigkeiten und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-02-12-ITM-010_DE.html

EP-Empfehlungen an die Europäische Zentralbank

Mit einer Mehrheit von 378 - 233 - 26 fordert das EP am 11.02.2025 die EZB auf, mehr zu tun, um die Inflation einzudämmen, deren schlimmste Auswirkungen sich am meisten auf die Schwächsten in der Gesellschaft auswirkten. Außerdem will das EP sicherstellen, dass die Einführung eines digitalen Euros die Bedenken von Bürgern berücksichtigt. Das EP fordert zudem die EZB auf, zu bewerten, wie Krieg und Konflikte die Preisstabilität beeinflussen können. Das EP fordert auch, dass die EZB bewertet, inwieweit sich der Klimawandel auf ihre Fähigkeit auswirkt, Preisstabilität zu gewährleisten. Die EZB sollte „alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um sicherzustellen, dass Banken sämtliche finanziellen und externen Risiken ernst nehmen, auch Risiken in den Bereichen Klima und Geopolitik“, heißt es in der Entschließung.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0011_DE.html

Ansprache des ukrainischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stefanchuk

Am 11.02.2025 sprach der Vorsitzende des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stefanchuk, in einer feierlichen Sitzung des Europäischen Parlaments. In seiner Ansprache rief Stefanchuk die EU auf, ihre Unterstützung für die Ukraine fortzusetzen und zu verstärken. Sein Land brauche mehr Verteidigungssysteme, mehr Flugzeuge und mehr Investitionen in seine Militärindustrie. Der Frieden in der Ukraine könne nur erreicht werden, „wenn wir stark bleiben und konsolidierten Druck auf den russischen Aggressor ausüben, um die zivilisierte Welt zu verteidigen“, so Stefanchuk. Russland

wolle nicht nur sein Land ruinieren, sondern sich nach Westen bewegen, zuerst in Richtung Kiew, dann in Richtung Warschau und Brüssel: „Die Gefahr ist viel näher, als Sie denken.“ Um die Aggression zu stoppen und einen dauerhaften Frieden zu erreichen, sei es auch wichtig, dass Russland mit Sanktionen konfrontiert werde, die es nicht umgehen könne, sagte er und forderte zusätzliche Sanktionen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-02-11-ITM-005_DE.html

EP spricht Georgiens Staatsorganen Legitimität ab

Einer am 13.02.2025 angenommenen Entschließung nach weigert sich das EP, die selbsternannten Staatsorgane Georgiens nach den manipulierten Parlamentswahlen vom 26.10.2024 anzuerkennen, was auch den neu ernannten Präsidenten Micheil Kawelaschwili umfasst. Das EP fordert die internationale Gemeinschaft auf, sich dem Boykott gegen die selbsternannten Staatsorgane Georgiens anzuschließen. Das EP erkennt Salome Surabischwili weiterhin als rechtmäßige Präsidentin Georgiens an und fordert den Präsidenten des Europäischen Rats, António Costa, auf, sie einzuladen, um Georgien auf einer der anstehenden Tagungen des Europäischen Rates und auf dem nächsten Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft zu vertreten. In der Entschließung wird auch bekräftigt, dass die einzige Lösung für die derzeitige Krise in Georgien darin bestehe, neue Parlamentswahlen abzuhalten, geleitet von einer unabhängigen und unparteiischen Wahlverwaltung und überwacht durch sorgfältige internationale Beobachtung.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0019_DE.html

Erklärung der Kommission zur politischen Krise in Serbien

Am 11.02.2025 gab Kommissarin Marta Kos vor dem Plenum im Namen der Kommission eine Erklärung zur politischen Krise in Serbien ab. Die Kommission habe die aktuelle politische Situation in Serbien und die große Mobilisierung von Studenten und anderen Bürgergruppen nach dem tragischen Vorfall im Bahnhof von Novi Sad sehr genau verfolgt. Bürgerbeteiligung, Transparenz und Rechenschaftspflicht spielten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung demokratischer Gesellschaften. Grundwerte bildeten den Kern des gemeinsamen europäischen Projekts, und die Europäische Union erwarte, dass sie von allen Beitrittskandidaten übernommen und respektiert würden. Dazu gehöre die Versammlungsfreiheit, die friedlich und im Einklang mit dem Gesetz ausgeübt werden sollte. Gewalt dürfe nicht geduldet werden, und die Kommission erwarte von der serbischen Polizei, dass sie weiterhin für die Sicherheit der Demonstranten Sorge. Die Kommission habe ihre Besorgnis über die Übergriffe auf Demonstranten zum Ausdruck gebracht, und erwarte eine umfassende, unparteiische und zügige Untersuchung dieser Übergriffe.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-02-11-ITM-015_DE.html

W i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zu EU-Wettbewerbsvorschriften für Technologietransfer

Am 31.01.2025 hat die Kommission eine Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Technologietransfer-Gruppenfreistellungsverordnung gestartet. Ziel der Initiative sei es, die Verordnung und die dazugehörigen Leitlinien zu überarbeiten, damit Vereinbarungen des Technologietransfers, die nicht gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen, erleichtert werden. Die Gruppenfreistellungsverordnung läuft am

30.04.2026 aus. In dieser ersten Konsultationsphase sind betroffene Interessenträger dazu aufgerufen, die möglichen politischen Optionen im Entwurf einer neuen Verordnung zu kommentieren. Die Rückmeldungsfrist endet am 25.04.2025.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14478-EU-Wettbewerbsvorschriften-zu-Technologietransfer-Vereinbarungen-Uberarbeitung-de>

Kommission; Neue Task Force für Wohnungsbau

Am 01.02.2025 hat die neue Task Force für Wohnungsbau der Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Die Task Force ist der Generaldirektion Energie unterstellt und soll sicherstellen, dass alle Europäer Zugang zu erschwinglichen und nachhaltigen Wohnungen haben. Die Task Force hat die Aufgabe, einen europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum und damit zusammenhängende politische Initiativen und Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Dadurch sollen insbesondere öffentliche und private Investitionen freigesetzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_399

Kommission; Neue Task Force für Wettbewerbsfähigkeit

Am 01.02.2025 hat die neue Task Force „Künftige Wettbewerbsfähigkeit der EU“ der Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Die Task-Force soll die Aktivitäten der Kommission zur Schließung der Innovationslücke, zur Kombination von industrieller Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie zum Abbau übermäßiger Abhängigkeiten unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_399

Kommission; Inkrafttreten des Interims-Handelsabkommens zwischen der EU und Chile

Am 03.02.2025 gab die Kommission bekannt, dass das Interims-Handelsabkommen (Interim Trade Agreement, ITA) zwischen der EU und Chile nach dem Abschluss des Ratifizierungsprozesses in Chile in Kraft getreten ist. Das ITA wurde im Dezember 2023 unterzeichnet und soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf beiden Seiten stärken. Durch das Abkommen sollen Zölle auf 99,9% der EU-Ausfuhren beseitigt und gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU-Waren auf dem chilenischen Markt hergestellt werden. Auch strengere Bestimmungen zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum sowie im Urheberrecht sind laut Kommission Gegenstand des ITA.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_374

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Buderus Edelstahl durch Mutares

Am 03.02.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme von Buderus Edelstahl GmbH mit Sitz in Wetzlar durch Mutares SE & Co. KGaA u. a. mit Standort in Frankfurt nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das angemeldete Vorhaben sei im vereinfachten Kontrollverfahren geprüft worden und betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig die Herstellung und Lieferung von Gesenkschmiedeteilen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_399

Kommission; Genehmigung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von KONČAR und Siemens Energy

Am 03.02.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie das Bilden eines Gemeinschaftsunternehmens durch Siemens Energy Holding u. a. mit Standort in Frankfurt und KONČAR - Electrical Industry Inc. nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das Vorhaben betrifft laut Kommission

schwerpunktmäßig die Produktion und den Verkauf von Leistungstransformatoren. Das Vorhaben sei im vereinfachten Kontrollverfahren geprüft worden und birgt laut Kommission keine Gefahren für den Wettbewerb im Binnenmarkt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_25_399

Kommission; Genehmigung der Übernahme von JCI durch Bosch

Am 10.02.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme von Johnson Controls International durch die Robert Bosch GmbH u. a. mit Standort in Frankfurt nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das angemeldete Vorhaben sei im vereinfachten Kontrollverfahren geprüft worden und betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageentechnik.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_458

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Invesis durch PGGM

Am 10.02.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme von Invesis u. a. mit Standort in Frankfurt durch PGGM nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das angemeldete Vorhaben sei im vereinfachten Kontrollverfahren geprüft worden und betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig den Bereich der Investitionen in und der Entwicklung von Infrastrukturprojekten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_458

Kommission; Start des „REGIOSTARS“-Wettbewerbs

Am 11.02.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass die diesjährige Ausgabe des „REGIOSTARS“-Wettbewerbs gestartet wurde. Mit Hilfe des Wettbewerbs wolle die Kommission kohäsionspolitische Projekte suchen, welche die Wirkung und Inklusivität der regionalen Entwicklung demonstrieren sowie ihre Region wirtschaftlich, sozial oder ökologisch weitergebracht haben. Die eingereichten Projekte treten in den Wettbewerbskategorien „Ein wettbewerbsfähiges Europa“, „Ein grünes Europa“, „Ein verbundenes Europa“, „Ein soziales und inklusives Europa“ und „Ein Europa näher an den Bürgern“ gegeneinander an. Projektanträge können bis zum 20.05.2025 eingereicht werden. Die Gewinner der fünf Kategorien erhalten eine Werbekampagne für ihr Projekt.

https://ec.europa.eu/regional_policy/projects/region-stars-awards_en?etrans=de

Kommission; Genehmigung der Übernahme von BISA durch Bunge und Repsol

Am 11.02.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme von BISA durch Bunge und Repsol u. a. mit Standort in Frankfurt nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das angemeldete Vorhaben betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig den Bereich der Verarbeitung von Ölsaaten und der Herstellung von Biodiesel.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_474

EuRH; Sonderbericht zum Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa

Am 12.02.2025 hat der EuRH seinen Sonderbericht zum Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa veröffentlicht. Hierfür untersuchte der EuRH, ob die Anpassungen der Vorschriften für die Kohäsionspolitik zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Migration in Folge des Krieges in der Ukraine (CARE) durch die Mitgliedstaaten genutzt wurden. Er kommt zu dem Ergebnis, dass CARE die Mitgliedstaaten insgesamt dabei unterstützt hat, die Krise zu bewältigen. Allerdings mangle es an Daten zur genauen Verwendung der Mittel, weshalb es schwierig sei, die Wirksamkeit von CARE umfassend zu beurteilen.

V e r k e h r

EuGH; Urteil zur Klage von Ryanair gegen Rettungsbeihilfen für TAP Air Portugal

Der EuGH hat mit Urteil vom 05.02.2025 in der Rechtssache T-743/21 die Klage von Ryanair gegen die Beihilfegenehmigung der Kommission, eine portugiesische Maßnahme zugunsten von Transportes Aéreos Portugueses (TAP) zu genehmigen, abgewiesen. PTL meldete 2020 eine Beihilfemaßnahme mit einem Höchstbetrag von 1,2 Mrd. EUR an, mit deren Hilfe der Betrieb der Fluggesellschaft TAP Air Portugal aufrechterhalten werden sollte. Die Kommission genehmigte die staatliche Beihilfe mit der Begründung, dass keine Gefahren für den Binnenmarkt zu erwarten seien. Ryanair klagte gegen diese Genehmigung wegen unvollständiger und unzureichender Prüfung durch die Kommission. Mit Abweisung der Klage bestätigte der EuGH nun, dass die Kommission die Voraussetzungen nicht verkannt hat und kein Verstoß gegen die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, des freien Dienstleistungsverkehr und der Niederlassungsfreiheit vorliegt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295050&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=27949521>

Kommission; Rückmeldungen zur technischen Anpassung der „FuelEU“-Datenbank

Am 07.02.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, ihren Verordnungsentwurf zur technischen Anpassung der Vorschriften der „FuelEU“-Datenbank zur Verringerung von Treibhausgasemissionen im Schifffahrtssektor zu bewerten. Die Frist für Rückmeldungen endet am 07.03.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14492-Verordnung-FuelEU-Maritime-Vorschriften-und-Spezifikationen-fur-die-FuelEU-Datenbank_de

E n e r g i e

Kommission; Förderung von grenzüberschreitender Energie-Infrastruktur in Höhe von 1,2 Mrd. EUR

Am 31.01.2025 hat die Kommission mitgeteilt, dass sie 41 grenzüberschreitende Energie-Infrastrukturprojekte im Rahmen der transeuropäischen Energienetze bewilligt hat. Die Zuschüsse der Projekte werden aus der Fazilität „Connecting Europe“ finanziert. Der größte Zuschuss in Höhe von 645 Mio. EUR soll dem deutsch-dänischen Projekt „Bornholm Energy Island“ zu Gute kommen. Damit soll laut Kommission der Bau einer neuartigen Hybridverbindungsleitung in der Ostsee unterstützt werden, der die Nutzung der Windparkkapazitäten von DEU und DNK verbindet. Darüber hinaus sollen weitere Stromnetzprojekte und Studien vorrangig im Bereich der Elektrizität, der Wasserstoff- und Transportinfrastruktur und der Energiespeicherung finanziert werden, u. a. zum grenzüberschreitenden CO₂-Transportkorridor Nordsee in DEU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_377

Kommission; Förderung von emissionsfreier Mobilität in Höhe von 422 Mio. EUR

Am 06.02.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie in der ersten Bewilligungsphase der Fazilität „Alternative Fuels Infrastructure Facility (AFIF)“ 39 Infrastrukturprojekte zur Versorgung mit alternativen Kraftstoffen entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes mit über 422 Mio. EUR bewilligt hat. Die Kommission zielt darauf ab, die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe auszubauen. Bewerbungen in der zweiten Phase des Programms sind noch bis 11.06.2025 möglich. Der Fokus in dieser Phase liegt auf den Bereichen der Ladestationen für Lastkraftwagen sowie der Elektrizitätsanbindung von Flughäfen und Häfen.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/alternative-fuels-eu422-million-eu-funding-boost-zero-emission-mobility-2025-02-06_en?prefLang=de&etrans=de

Kommission; Anschluss des Stromnetzes des Baltikums an kontinentaleuropäisches Netz

Seit 09.02.2025 sind die Stromnetze in EST, LET und LIT laut Kommission erfolgreich in den EU-Energiebinnenmarkt integriert worden, indem sich diese Mitgliedstaaten über POL dem europäischen Kontinentalnetz angeschlossen haben. Dies ermöglicht laut Kommission den baltischen Staaten, ihre eigenen Energiesysteme nach gemeinsamen und transparenten europäischen Regeln und damit völlig unabhängig vom russischen und belarussischen Stromnetz zu betreiben. Die Synchronisierung der baltischen Staaten trägt zur Versorgungssicherheit der gesamten EU bei. Zudem solle damit auch die Integration erneuerbarer Energien in das System unterstützt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_436

Digital

Kommission; Mitteilung zum E-Commerce vorgelegt

Die Kommission hat am 05.02.2025 eine Mitteilung zum E-Commerce „Risiken von Einfuhren im elektronischen Handel aus Drittstaaten bekämpfen“ vorgelegt, in der sie strengere Kontrollen für den elektronischen Handel aus Drittstaaten vorschlägt, um die Risiken durch dortige Importe zu verringern. Ziel sei es, Verbraucher besser zu schützen sowie unlauteren Wettbewerb zu verhindern. Zu den vorgesehenen Maßnahmen könne die Abschaffung der Steuerbefreiung für Kleinsendungen unter 150 EUR gehören, ebenso wie die Einführung koordinierter Kontrollen zwischen Zoll- und Marktüberwachungsbehörden. Ferner könne eine verstärkte Durchsetzung von Verbraucherschutzgesetzen erfolgen. Es werde außerdem angeregt, digitale Produktpässe sowie KI-Tools zur Identifikation nichtkonformer Produkte einzuführen. Eine Sensibilisierungskampagne sowie Schulungen zu Produktsicherheitsvorschriften sollen ebenfalls Teil der Initiative sein. Insgesamt solle der Schutz des Verbrauchers gestärkt und der faire Wettbewerb auf dem EU-Markt gewährleistet werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/e-commerce-communication-comprehensive-eu-toolbox-safe-and-sustainable-e-commerce>

Kommission; KI-Initiative „InvestAI“ vorgelegt

Die Kommission hat am 11.02.2025 die Initiative „InvestAI“ vorgestellt, mit der 200 Mrd. EUR für Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) mobilisiert werden sollen. Dazu gehöre ein neuer Fonds in Höhe von 20 Mrd. EUR für KI-Gigafabriken. KI könne laut Kommission die Gesundheitsversorgung verbessern, Forschung und Innovation fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit Europas steigern. Europa müsse jedoch einen eigenen Ansatz verfolgen und auf Investitionen in Wissenschaft und Technologie setzen. Ziel sei es, Europa als führenden Standort für KI zu positionieren.

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; Mobilitätsförderung für Forschende

Am 11.02.2025 hat die Kommission die Ergebnisse der letzten Förderausschreibungen in der Förderlinie Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) für Postdoktorandenstipendien bekannt gegeben. Mit einer Gesamtfinanzierung in Höhe von 417 Mio. EUR sollen, von der Kommission finanziert, rund 1.700 Postdoktorandinnen und –doktoranden aus Europa und darüber hinaus eigene Projekte entwickeln. Ihre Projekte sollen ein breites Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen abdecken. Die drei wichtigsten erforschten Disziplinen dieser Ausschreibung sind laut Kommission: Sozial- und Geisteswissenschaften: 22,94 %; Biowissenschaften: 20,93% sowie Informationswissenschaften und Ingenieurwesen: 15.63%.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/msca-awards-eu417-million-to-postdoctoral-researchers>

Kommission; Verkehrsforschung

Vom 11.02.2025 bis zum 13.02.2025 hat die Kommission die achte europäische Straßenverkehrsforschungskonferenz (Road Transport Research conference, RTR) ausgerichtet. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden laut Kommission mit verschiedensten Stakeholdern aus der Branche EU-finanzierte Forschungsprojekte im Bereich Straßenverkehr vorgestellt, u.a. zur Minderung von Verkehrsemissionen und zur e-Mobilität. Für den Bereich Emissionen wurden Forschungsprojekte zu Nanopartikeln, organischen Schademissionen und Feinstaubemissionen vorgestellt. Zu Elektrofahrzeugen wurden Forschungsprojekte im Bereich effizienter Baukomponenten vorgestellt.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/events/rtr2025-road-transport-research-conference-2025-2025-02-11_en

F i n a n z d i e n s t l e i s t u n g e n

Kommission; Verlängerung der Äquivalenz von CCPs in GBR bis 2028

Mit Durchführungsbeschluss vom 30.01.2025 hat die Kommission entschieden, die Äquivalenz für zentrale Gegenparteien (Central Counterparties, CCPs) in GBR um drei Jahre bis zum 30.06.2028 zu verlängern. Damit soll Zeit für die Umsetzung der „European Market Infrastructure Regulation“ (EMIR III) gewonnen werden. Zudem sollen durch den Schritt laut Kommission kurzfristige Risiken für die Finanzbranche in der EU vermieden werden. Die Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Maria Luís Albuquerque, hielt in einem Statement an ihrem Ziel fest, durch EMIR III das Clearing in der EU auszuweiten und die Abhängigkeit der Union von britischen CCPs zu verringern.

https://finance.ec.europa.eu/news/commission-extends-time-limited-equivalence-uk-central-counterparties-2025-01-31_en

EIOPA; Empfehlungen zu Proportionalität unter Solvency II

Am 30.01.2025 hat die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung EIOPA der Kommission ihre Empfehlungen zur Umsetzung der Proportionalität im Rahmen von Solvency II vorgelegt. In ihren Vorschlägen nimmt die EIOPA Stellung zur Methodologie, durch die kleine Versicherungsunternehmen mit geringer Komplexität – sog. „SNCU“ („small and non-complex undertakings“) – definiert werden sollen. Zudem schlägt sie quantitative und qualitative Kriterien für die Bestimmung weiterer Versicherer vor, die nach Genehmigung durch die nationalen Aufsichtsbehörden ebenfalls in den Genuss der Proportionalitätsregelung kommen sollen.

https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-provides-its-advice-solvency-iis-new-proportionality-framework-european-commission-2025-01-30_en

Kommission; Konsultation zur Spar- und Investitionsunion

Am 03.02.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Spar- und Investitionsunion (SIU) veröffentlicht. Ziel der Konsultation sei es, die Ansichten eines breiten Spektrums an Interessenträgern – darunter Zivilgesellschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher, Sozialpartner, Unternehmen, Finanzintermediäre, Finanzmärkte sowie Behörden der Mitgliedstaaten – einzuholen. Ihr Feedback soll laut Kommission in die für den 19.03.2025 geplante Mitteilung zur SIU einfließen. Frist für das Einreichen von Rückmeldungen ist der 03.03.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14488-Savings-and-Investments-Union_de

EIOPA; Konsultation im Rahmen von Solvency II

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung EIOPA hat am 03.02.2025 eine Konsultation zu den Berichtspflichten im Rahmen der überarbeiteten Richtlinie Solvency II veröffentlicht. In der Konsultation geht es laut EIOPA um die Anpassung der Leitlinien zur Methodik über die Bestimmung der Marktanteile von Unternehmen, die von vereinfachten Meldepflichten Gebrauch machen können. Stakeholder sind aufgerufen, sich noch bis zum 28.04.2025 zu beteiligen.

https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-opens-consultation-revised-guidelines-methods-determining-market-shares-limited-reporting-2025-02-03_en

ESMA; Feedback zu ESMA-Befugnissen mit Blick auf die Anbieter konsolidierter Datenticker

Am 06.02.2025 hat die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA einen Aufruf zur Einreichung von Rückmeldungen zu einem Entwurf für eine delegierte Verordnung veröffentlicht. Der geplante Rechtsakt soll laut ESMA sicherstellen, dass die Verfahrensvorschriften für die Beaufsichtigung von Datenbereitstellungsdiensten durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) auch für die Anbieter konsolidierter Datenticker gelten. Eine Beteiligung ist noch bis zum 06.03.2025 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13870-EU-Wertpapiermarkte-Verfahrensvorschriften-fur-die-Ausubung-der-Befugnisse-der-ESMA-mit-Blick-auf-die-Anbieter-konsolidierter-Datenticker_de

ESMA; Konsultationen infolge der Überarbeitung von EMIR III

Am 07.02.2025 hat die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA zwei Konsultationen infolge der Überarbeitung der „European Market Infrastructure Regulation“ (EMIR III) veröffentlicht. Konkret sei die ESMA an Rückmeldungen zu den konkreten Modalitäten bei der erstmaligen Zulassung, Verlängerung sowie der

Genehmigung von Änderungen an Modellen und Parametern zentraler Gegenparteien (CCPs) interessiert. Die Frist zur Beteiligung an der Konsultation endet am 07.04.2025. <https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-ccp-authorisations-extensions-and-validations>

Kommission; Vorschlag zur Beschleunigung des Wertschriftenhandels

Am 12.02.2025 schlug Finanzdienstleistungskommissarin Maria Luís Albuquerque eine Beschleunigung beim Abwicklungszyklus im europäischen Wertschriftenhandel vor. Albuquerque stellte eine Anpassung der Zentralverwahrer-Verordnung („Central Securities Depositories Regulation“; CSDR) vor. Demnach soll ab 11.10.2027 der Handel von Wertschriften in der EU schon am Folgetag (T+1) anstatt zwei Tage nach dem Handelstag (T+2) abgewickelt werden. Dies solle nach Auffassung der Kommission einen Beitrag zu tieferen und liquideren Kapitalmärkten und so zur angestrebten Spar- und Investitionsunion (SIU) leisten. China, Indien, Kanada und die USA hätten bereits ihren Abwicklungszyklus auf T+1 verkürzt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_446

ESMA; Konsultation zu Offenlegungsrahmen für private Verbriefungen

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA hat am 13.02.2025 eine Konsultation veröffentlicht, die auf die Überarbeitung des Offenlegungsrahmens für private Verbriefungen im Rahmen der Verbriefungsverordnung (SECR) abzielen soll. Konkret wird laut ESMA ein vereinfachtes Schema für private Verbriefungen vorgeschlagen, welches die Verhältnismäßigkeit bei der Weitergabe von Informationen verbessern und gleichzeitig eine effektive Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden gewährleisten soll. Das Schema sei Ergebnis einer vorhergegangenen Konsultation der ESMA zu den Offenlegungsanforderungen bei privaten Verbriefungen. Stakeholder sind aufgerufen, sich bis zum 31.03.2025 zu beteiligen.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-revised-disclosure-requirements-private-securitisations>

Finanzen

Kommission; „Europatour“ von Haushaltskommissar Serafin

Am 03.02.2025 hat EU-Haushaltskommissar Piotr Serafin (POL) seine Tour durch Europa begonnen, um weitreichende Konsultationen zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu führen. Dabei betonte Serafin, er wolle nicht ausschließlich mit den Hauptstädten, sondern mit den Regionen in den Austausch kommen und sehen, wie EU-Gelder vor Ort eingesetzt werden. Die ersten beiden Besuche führten Serafin nach DNK und SWE.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/motion/tour-deurope_en

EuRH; Finanzierung der militärischen Mobilität nicht ausreichend

In einem Sonderbericht vom 05.02.2025 untersuchte der Europäische Rechnungshof (EuRH) die Finanzierung der militärischen Mobilität in der EU. Im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 seien 1,69 Mrd. EUR für Infrastrukturprojekte vorgesehen, die sowohl militärischen als auch zivilen Zwecken dienen. Diese Mittel werden über die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) bereitgestellt. Ursprünglich seien 5,8 Mrd. EUR für Doppelnutzungsprojekte eingeplant, doch aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde diese Summe gekürzt. Angesichts des Ukraine-Kriegs wurde das Budget 2022 laut EuRH zwar fast verdoppelt, um militärische Infrastruktur schneller zu

finanzieren. Allerdings habe die Nachfrage das Angebot bei Weitem überstiegen. Daher seien die Mittel bereits Ende 2023 ausgeschöpft gewesen. Dies verdeutliche die begrenzten finanziellen Mittel und den steigenden Druck, die militärische Mobilität im EU-Budget zu priorisieren.

<https://www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2025-04>

Kommission; Konsultationen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen

Am 12.02.2025 hat die Kommission eine Reihe öffentlicher Konsultationen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027 veröffentlicht. Die Konsultationen fokussieren sich laut Kommission u.a. auf die Umsetzung von EU-Fonds mit den Mitgliedstaaten und Regionen, die Finanzierung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Leistungsfähigkeit, Kontrolle und Berichterstattung zum MFR. Alle Konsultationen laufen noch bis zum 07.05.2025. Gleichzeitig hat die Kommission eine Online-Plattform freigeschaltet, die allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern die Möglichkeit geben soll, sich an der Debatte zum nächsten MFR zu beteiligen.

https://commission.europa.eu/news/you-can-now-take-part-shaping-next-eu-long-term-budget-2025-02-12_en

Kommission; Fahrplan zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen

Die Kommission hat am 12.02.2025 in einer Mitteilung den Prozess bis zur Vorlage des Verordnungsentwurfs für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Zeit nach 2027 abgesteckt. Angesichts der enormen Herausforderungen sei der „Status Quo (...) keine Option“. Ziel sei stattdessen ein fokussierter, einfacher und wirkungsvoller Haushalt, der die strategischen Prioritäten der EU widerspiegelt und auf Investitionen setzt. Die Kommission betont die Wichtigkeit neuer Eigenmittel, da der bestehende Haushalt nicht ausreicht, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. U.a. soll zudem ein Europäischer Wettbewerbsfähigkeitsfonds europaweit Investitionen in Zukunftsbranchen fördern. Die Kommission kündigte eine umfassende Beteiligung aller Interessenträger an. Der Verordnungsentwurf für den künftigen MFR soll laut Mitteilung im Juli 2025 vorgelegt werden.

https://commission.europa.eu/document/download/6d47acb4-9206-4d0f-8f9b-3b10cad7b1ed_en?filename=Communication%20on%20the%20road%20to%20the%20next%20MFF_en.pdf

Soziales

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin zu dänischen Rechtsvorschriften über das öffentliche Wohnungswesen in Umgestaltungsgebieten

Generalanwältin Tamara Čapeta (KRO) legte am 13.02.2025 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-417/23 vor. In dem Vorabentscheidungsersuchen des Landgerichts für Ostdänemark (DNK) geht es laut EuGH um die Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften der „Umgestaltungsgebiete“ in DNK mit der Richtlinie 2000/43 zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. Als ein „Umgestaltungsgebiet“ werden laut EuGH solche Gebiete mit ungünstiger Sozialprognose bezeichnet, die einen Anteil von über 50 % an Einwanderern aus nicht-westlichen Ländern beherbergen. Die Rechtsvorschriften würden von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften verlangen, den Anteil dieser Einwanderer bis 2030 auf 40 % zu reduzieren. Hierbei dürfen Grundstücke veräußert, bestehende Wohnungen abgerissen oder umgewandelt werden. Generalanwältin Čapeta vertritt die Ansicht, dass die Unterscheidung zwischen „westlichen“ und „nicht-westlichen“ Einwanderern auf der ethnischen Herkunft beruhe. Dies stelle eine unmittelbare

Diskriminierung dar. Mieter aus diesen Gebieten würden durch die Rechtsvorschriften in eine prekäre Lage versetzt und anders behandelt als Mieter in anderen Gebieten. Ferner würden die Rechtsvorschriften die ethnische Herkunft stigmatisieren und die Chancen der Mieter, sich in die Gesellschaft zu integrieren, verschlechtern.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295329&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=752395>

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Berichte über den Zustand der Gewässer in der EU

Die Kommission hat am 04.02.2025 Berichte über den Zustand der Gewässer in der EU veröffentlicht. Diese verdeutlichen laut Kommission die von den Mitgliedstaaten in den letzten sechs Jahren erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), der Hochwasserrichtlinie und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie; es werden zudem Schlüsselbereiche identifiziert, in denen weitere Anstrengungen erforderlich seien und länderspezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet, wie sie künftig zu einem nachhaltigen Wassermanagement in der EU beitragen können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_342

Kommission; Konsultation zur künftigen EU-Wasserresilienzstrategie

Die Kommission hat die Interessenträger am 04.02.2025 aufgerufen, Stellungnahmen zur Ausgestaltung der EU-Wasserresilienzstrategie einzureichen. Im Rahmen der Strategie soll laut Kommission ein umfassender, mehrjähriger, sektorübergreifender Plan mit Etappenzielen für eine resiliente Wasserversorgung bis 2030 oder 2040 erstellt werden. Ziel sei es, Wasserressourcen ordnungsgemäß zu bewirtschaften, Wasserknappheit anzugehen, die Wettbewerbsfähigkeit und den Innovationsvorsprung der EU-Wasserwirtschaft zu wahren sowie einen kreislaufforientierten Ansatz zu verfolgen. Der Konsultationsprozess läuft bis zum 04.03.2025.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_342

Kommission; Konsultation zu Leitprinzipien für Wassereffizienz

Am 04.02.2025 hat die Kommission Interessenträger aufgerufen, Beiträge zur geplanten Mitteilung über Leitprinzipien für Wassereffizienz einzureichen. Im Rahmen der EU-Wasserresilienzstrategie soll die Initiative laut Kommission zu mehr Wassereffizienz in der Praxis in vielen Politikfeldern, wie bspw. der Wirtschaft, den Bereichen Nahrungsmittel, Energie und Ökosystemleistungen beitragen. Die Verringerung des Wasserverbrauchs und der Wasserentnahme sowie eine verstärkte Kreislaufwirtschaft sei für die Sicherung der Wasserversorgung und die Wettbewerbsfähigkeit Europas von entscheidender Bedeutung. Die Konsultation läuft noch bis zum 04.03.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14490-Wassereffizienz-an-erster-Stelle-Leitprinzipien_de

Rat; Informelles Treffen der EU-Justizministerinnen und -minister in Warschau

Zu einem informellen Rat für Justiz und Inneres kamen die Justizministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten (MS) am 31.01.2025 in Warschau zusammen. Sie berieten u.a. über Herausforderungen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit und ihre Auswirkungen auf den Justizbereich sowie auf das Prinzip des gegenseitigen Vertrauens zwischen den MS. Einigkeit bestand hinsichtlich der großen Bedeutung der justiziellen Zusammenarbeit innerhalb der EU. Um allen Bürgern Rechtssicherheit und einen gleichberechtigten Zugang zum Recht in der gesamten EU zu garantieren, müsse sichergestellt werden, dass alle MS demokratische Standards einhalten. Weitere Themen waren neue Entwicklungen im Bereich der Justiz in der EU sowie mögliche weitere Maßnahmen der EU zur Dokumentation und Ableitung von Konsequenzen im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine. Erörtert wurde dazu die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur effektiven Dokumentation von Verbrechen in der Ukraine und zur Verbesserung der Zusammenarbeit in diesem Bereich. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Diskussion war laut Rat die Unterstützung der vom Krieg Betroffenen, die derzeit in den MS leben.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/justice-ministers-at-the-informal-jha-council-discussed-challenges-for-the-eus-justice-system-and-the-consequences-of-russias-war-crimes-committed-in-ukraine/>

Kommission; Einrichtung eines Sondergerichtshofs für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine, u.a. in Zusammenarbeit mit dem Europarat

Am 05.02.2025 wurde in Brüssel die im Wege eines Abkommens zwischen der Ukraine und dem Europarat geplante Einrichtung eines Sondergerichtshofs für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine bekanntgegeben. Dieser wird laut Kommission seine Zuständigkeit aus der Ukraine ableiten, der Europarat wird für das Verfahren zur Annahme der Entwürfe der für seine Einrichtung erforderlichen Rechtsinstrumente und die anschließende Unterzeichnung zuständig sein. Hochrangige Rechtsexperten der Kommission, des Europäischen Auswärtigen Dienstes, des Europarats, der Ukraine und 37 weiterer Staaten haben laut Kommission die rechtlichen Grundlagen geschaffen, u.a. die Schlüsselemente des „Schuman-Statutsentwurfs“ als zentraler Rechtstext zur Arbeitsweise des Sondergerichtshofs. Die Kommission habe ferner, gestützt auf eine Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, eine Empfehlung an den Rat zur Teilnahme an den geplanten Verhandlungen über die Einrichtung einer Internationalen Kommission für Schadenersatz für die Ukraine angenommen, welche die im Schadensregister eingetragenen Forderungen überprüfen und bewerten sowie für diesbezügliche Entscheidungen zuständig sein und die Höhe der jeweils fälligen Entschädigung bestimmen soll.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ukraine-krieg-rechtliche-grundlagen-fur-sondergerichtshof-zur-ahndung-von-russlands-verbrechen-2025-02-05_de

EuGH; Einstweilige Anordnung des EuGH durch seinen Vizepräsidenten: Keine Offenlegung des COVID-Verhandlungsteams

Am 04.02.2025 hat der EuGH auf Antrag der Kommission eine einstweilige Anordnung in der Rechtssache C-632/24 P-R (Kommission/Courtois u.a.) erlassen und bis zum Erlass des Urteils in der Hauptsache die Verpflichtung der Kommission zur Offenlegung der Identität der Mitglieder des Verhandlungsteams zur Vorbestellung von Covid-19-Impfstoffen in den Jahren 2020 und 2021 vorläufig ausgesetzt. Die Voraussetzungen für den Erlass einstweiliger Anordnungen seien erfüllt: Es gehe um

nicht unerhebliche Rechtsfragen, zudem sei Dringlichkeit gegeben, da die Offenlegung der Identität der Mitglieder des Verhandlungsteams mit hinreichender Wahrscheinlichkeit geeignet erscheine, den betroffenen Personen einen schweren und nicht wiedergutzumachenden Schaden zuzufügen. Außerdem verlöre das beim EuGH eingelegte Rechtsmittel in Bezug auf die Frage, ob die Kommission den Zugang zu diesen Daten verweigern durfte, weitgehend seinen Sinn, wenn die von der Kommission beantragte Aussetzung abgelehnt würde, da die Daten dann bereits unumkehrbar offengelegt worden wären.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295236&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=780342>

EuG; Urteil zur finalen Zwangsgeldsumme in den Verfahren betr. die POL Justizreform 2019 (POL / Kommission)

Das Gericht der EU hat am 05.02.2025 in den verbundenen Rechtssachen T-830/22 und T-156/23 sowie in der Rs. T-1033/23 entschieden, dass die gegen POL in dem Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit verhängten Zwangsgelder im Zeitraum 15.07.2022 bis 04.06.2023 sowie die von der Kommission dazu getätigten Verrechnungsbeschlüsse rechtmäßig waren und die Einziehung der geschuldeten Beträge in Höhe von rd. 320 Mio. EUR nicht gegen Unionsrecht verstößt. Am 01.04.2021 hatte die Kommission beim EuGH Vertragsverletzungsklage gegen POL (Rs. C-204/21) erhoben, um feststellen zu lassen, dass bestimmte im Dezember 2019 verabschiedete Änderungen von Gesetzen über die Organisation der POL Justiz gegen EU-Recht verstößen. Im Rahmen dieses Rechtsstreits wurde POL im Wege einstweiliger Anordnung verpflichtet, bestimmte beanstandete Bestimmungen auszusetzen. Dem kam POL nicht nach, so dass tägliche Zwangsgelder verhängt wurden. Da POL keine der geforderten Zahlungen tätigte, zog die Kommission die Zwangsgelder durch Verrechnung mit verschiedenen Forderungen POL gegenüber der EU ein.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295049&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=775819>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295053&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=775890>

EuGH; Schlussanträge zur karzinogenen Wirkung von Titandioxid

Generalanwältin Tamara Čapeta (KRO) hat am 06.02.2025 ihre Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-71/23 P und C-82/23 P vorgelegt und darin für die Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung an das Gericht der EU plädiert. Kern des Rechtsstreits ist die Frage, ob das Gericht seine Befugnis zur gerichtlichen Kontrolle überschritten und ob es den Begriff „intrinsische Eigenschaften“, im Zusammenhang mit Eigenschaften von Titanoxid, fehlerhaft ausgelegt habe. Čapeta bejaht beides. Das Gericht habe seine Befugnisse zur gerichtlichen Kontrolle überschritten, da es eigene wissenschaftliche Beurteilungen vorgenommen, sich über die Beurteilung der Kommission hinweggesetzt und so in die Zuständigkeit der Verwaltung eingegriffen habe. Es dürfe seine eigene wissenschaftliche Beurteilung nicht an die Stelle derjenigen der Kommission setzen. Was den Begriff „intrinsische Eigenschaft“ anbelange, so sei das Gericht zwar befugt, diesen unionsrechtlichen Begriff auszulegen. Es habe diesen Begriff jedoch zu eng und damit rechtsfehlerhaft ausgelegt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295077&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=792095>

EuGH; Urteil zur Frage der Informationspflichten einer Bank bei Verbraucherkreditverträgen und Zinsansprüchen

Der EuGH hat in der Rechtssache C-472/23 am 13.02.2025 über die Frage geurteilt, ob Banken ihren Zinsanspruch verlieren, wenn sie ihren Informationspflichten aus der Richtlinie 2008/48/EG gegenüber Verbrauchern nicht nachkommen. Dem Vorabentscheidungsersuchen liegt ein Fall eines POL Inkassounternehmens zugrunde, welches abgetretene Ansprüche eines Verbrauchers aus einem Kreditvertrag geltend macht. Die Bank habe beim Abschluss des Vertrages dem Verbraucher bestimmte Informationen nicht erteilt, was zu einem Verlust des Anspruchs der Bank auf die vereinbarten Zinsen und Kosten führe. Der EuGH stellt fest, dass nicht bereits gegen Informationspflichten verstoßen würde, indem in einem Kreditvertrag ein effektiver Jahreszins angegeben werde, der sich als zu hoch erweise. Informationspflichten würden jedoch verletzt, wenn die Bedingungen einer Änderung der Entgelte nicht klar und verständlich beschrieben würden. Wenn ein Verstoß gegen eine Informationspflicht festgestellt würde, könne die Bank auch den Anspruch auf die Zinsen verlieren. Vorbehaltlich der Überprüfung, die das nationale Gericht vorzunehmen habe, wäre eine solche Regelung auch verhältnismäßig.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295321&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=780944>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts zu Haftbefehlen nach dem Abkommen über Handel und Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich

Generalanwalt Spielmann (LUX) legte am 13.02.2025 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-743/24 vor. In dem Vorabentscheidungsersuchen des Supreme Courts (IRL) geht es um die Frage, ob eine Person, die nach dem Recht des Vereinigten Königreichs (GBR) Straftaten begangen haben soll, nach den Bestimmungen des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit (TCA) an das GBR ausgeliefert werden könne. Dem Vorabentscheidungsersuchen liegt ein Fall zugrunde, in welchem Haftbefehle gegen eine Person erlassen wurden, die verdächtigt wurde, terroristische Straftaten begangen zu haben. Geklärt werden soll, ob eine Auslieferung mit den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen unvereinbar sei. Ein erstes Vorabentscheidungsersuchen stellte fest, dass Mitgliedstaaten eine eigenständige Prüfung vorzunehmen hätten, wenn eine Übergabe Rechte aus der Charta der Grundrechte der EU verletzen könne. Eine Übergabe sei nur abzulehnen, wenn die Möglichkeit der Verhängung einer schwereren Strafe als zur Zeit ihrer Begehung bestünde. Das zweite Vorabentscheidungsersuchen betrifft nun die Frage, ob auch Bewährungsregeln hierunter fielen. Generalanwalt Spielmann verneint dies. Ein Rückwirkungsverbot gelte nur für Strafen, nicht für Vollstreckungen, worunter Bewährungsregeln fallen würden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=295336&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=781896>

Kommission; Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens: Aufforderung zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten

Die Kommission hat am 31.01.2025 mitgeteilt, dass sie beschlossen habe, mit der Übermittlung von Aufforderungsschreiben Vertragsverletzungsverfahren gegen 18 Mitgliedstaaten (BEL, BUL, CZR, DNK, DEU, EST, GRI, ESP, FRA, KRO, CYP, LUX, MTA, NDL, POL, PTL, ROM und SLO) einzuleiten, weil sie es versäumt hätten, die Richtlinie (EU) 2023/977 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten (MS) vollständig umzusetzen. Durch sie sollen die Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung von Straftaten in der EU gestärkt werden, indem laut Kommission dafür gesorgt wird, dass Polizeibeamte in einem MS

gleichwertigen Zugang zu verfügbaren Informationen haben wie ihre Kollegen in einem anderen MS. Die MS hatten laut Kommission bis zum 12.12.2024 Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die 18 MS haben nun zwei Monate Zeit zu reagieren, die Umsetzung der Richtlinie abzuschließen und der Kommission die entsprechenden Maßnahmen mitzuteilen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_25_273

I n n e r e s

Europol; Eurojust; Veröffentlichung eines Berichts zu Herausforderungen und Lösungsansätzen im Bereich der Cyberkriminalität

Am 31.01.2025 veröffentlichten das Europäische Polizeiamt (Europol) und die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) einen gemeinsamen Bericht mit dem Titel „Gemeinsame Herausforderungen bei der Cyberkriminalität“. Der Bericht hebt laut Europol mehrere dringende Herausforderungen hervor, mit denen die Strafverfolgungsbehörden konfrontiert seien, darunter die überwältigende Menge an digitalen Daten, das Risiko von Datenverlust, die anhaltenden Hindernisse beim Zugang zu kritischen Informationen aufgrund rechtlicher und technischer Beschränkungen sowie die zunehmende Nutzung von Anonymisierungsdiensten.

<https://www.europol.europa.eu/publications-events/publications/common-challenges-in-cybercrime>

Kommission; Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen DEU wegen mangelnder Umsetzung der Richtlinie zur Festlegung eines EU-Rückkehrbeschlusses

Wie die Kommission am 31.01.2025 mitteilte, hat sie mit der Übermittlung eines Aufforderungsschreibens ein Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU sowie 10 weitere Mitgliedstaaten (BEL, GRI, LET, LIT, LUX, NDL, POL, SLO, SLK, CYP) eingeleitet, weil sie es versäumt hätten, die Richtlinie zur Festlegung eines EU-Rückkehrbeschlusses (2019/997) und die sie begleitende delegierte Richtlinie (2024/1986) vollständig umzusetzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_25_273

EP; Erste Sitzung des Sonderausschusses European Democracy Shield

Der neu eingesetzte Sonderausschuss „European Democracy Shield“ (EUDS) des EP hat am 03.02.2025 seine Arbeit aufgenommen. Der Sonderausschuss soll laut EP bestehende und geplante EU-Rechtsvorschriften und Maßnahmen mit Blick auf potenzielle Einfallstore für demokratieschädigende Eingriffe untersuchen. Er soll sich zudem mit medienpolitischen Themen befassen, insbesondere mit Medien- und Informationskompetenz, Medienpluralismus und unabhängiger Journalismus. Das Mandat des EUDS unter Vorsitz von MdEP Nathalie Loiseau (Renew/FRA) ist auf zwölf Monate begrenzt. In einem Abschlussbericht des Ausschusses sollen konkrete Vorschläge zur Sicherung der europäischen Demokratie vorgelegt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250129IPR26563/european-democracy-shield-special-ep-committee-elects-chair-and-starts-work>

Kommission; Leitlinien zu verbotenen KI-Praktiken und zu Definition von KI veröffentlicht

Die Kommission hat am 04.02.2025 bzw. am 06.02.2025 Leitlinien zu den nach der KI-Verordnung verbotenen KI-Praktiken und zur Definition von KI-Systemen veröffentlicht. Die Leitlinien sollen eine konsistente und einheitliche Anwendung der

KI-Verordnung gewährleisten. Dazu enthalten sie laut Kommission rechtliche Erläuterungen und praktische Beispiele, die Anbietern, Behörden und anderen relevanten Akteuren die Anwendung der Regeln der KI-Verordnung erleichtern sollen. Die Leitlinien verweisen jedoch laut Kommission ausdrücklich auch darauf, dass die maßgebliche Auslegung der KI-Verordnung dem EuGH vorbehalten bleibt.

https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/commission-publishes-guidelines-prohibited-artificial-intelligence-ai-practices-defined-ai-act?pk_source=ec_newsroom&pk_medium=email&pk_campaign=Shaping+Europe%27s+Digital+Future+website+updates

EuGH; Schlussanträge zur Haftung des Betreibers eines Online-Marktplatzes

Generalanwalt Maciej Szpunar (POL) legte am 06.02.2025 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-492/23 vor. Hierin äußert er u.a. die Auffassung, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) dahingehend auszulegen ist, dass der Betreiber eines Online-Marktplatzes für die in den Anzeigen enthaltenen personenbezogenen Daten als Auftragsverarbeiter agiere. Folglich sei der Betreiber nicht verpflichtet, vor der Veröffentlichung systematisch den Inhalt der Anzeigen zu überprüfen. Demgegenüber vertritt der Generalanwalt die Auffassung, dass der Betreiber des Online-Marktplatzes in Bezug auf die personenbezogenen Daten der auf diesem Online-Marktplatz registrierten inserierenden Nutzer als Verantwortlicher handele und in diesem Rahmen die Identität der inserierenden Nutzer überprüfen müsse.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=C716F2880A26812DE7475855ACACA6B2?text=&docid=295080&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=782765>

Kommission; Sondierung zur neuen Europäischen Strategie für die innere Sicherheit eröffnet

Die Kommission hat am 13.02.2025 eine öffentliche Sondierung zur neuen Europäischen Strategie für die innere Sicherheit eröffnet. Mit der neuen Europäischen Strategie für die innere Sicherheit sollen laut Kommission die wichtigsten Ziele im Bereich der inneren Sicherheit für die kommenden Jahre festgelegt werden. Sie soll zudem einen Überblick über die wichtigsten Maßnahmen enthalten, die zur Verwirklichung dieser Ziele erforderlich sind. Es besteht bis zum 13.03.2025 die Möglichkeit zur Beteiligung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14513-European-Internal-Security-Strategy_en

Bildung und Kultur

Kommission; Konsultation; Zukunft der EU-Förderung im Bereich Kultur und Bildung

Am 12.02.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Zukunft der EU-Förderung im Bereich Kultur und Bildung gestartet. Hintergrund ist laut Kommission: Der aktuelle mehrjährige Finanzrahmen (MFR) läuft bis Ende 2027. Im Jahr 2025 will die Kommission daher umfassende Vorschläge für den MFR nach 2027 und für die nächste Generation von Förderprogrammen vorlegen. Die genannte Konsultation betrifft laut Kommission die EU-Förderfonds zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Bildung, Ausbildung und Solidarität, junge Menschen, Medien, Kultur und kreative Werte und die Zivilgesellschaft. Die öffentliche Abfrage sei Teil

einer weiteren allgemeinen öffentlichen Konsultation zum nächsten MFR. Eine Beteiligung ist bis zum 07.05.2025 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14523-EU-s-next-long-term-budget-MFF-EU-funding-for-cross-border-education-training-and-solidarity-youth-media-culture-and-creative-sectors-values-and-civil-society_en

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Europäisches Gremium für Mediendienste konstituiert

Die Kommission hat die Konstituierung des Europäischen Gremiums für Mediendienste am 10.02.2025 in Brüssel begrüßt. Rechtsgrundlage für die Schaffung des neuen Gremiums ist das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA), Verordnung (EU) 2024/1083, vom 11.04.2024. Das Gremium tritt an die Stelle der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA); Mitglieder sind Vertreter der nationalen Regulierungsbehörden. Auf der konstituierenden Sitzung wurden Carlos Aguilar Paredes, Mitglied des Vorstands der Nationalen Kommission für Märkte und Wettbewerb (CNMC) in ESP, zum ersten Vorsitzenden, und Amma Asante, Vorsitzende der NDJ-Medienaufsichtsbehörde, zur stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. Ferner beschloss das Gremium sein Arbeitsprogramm 2025. Das Europäische Gremium für Mediendienste unterstütze die Kommission bei der Umsetzung des EU-Medienrechts. Laut Kommission gibt es Stellungnahmen ab und fördert die Zusammenarbeit der nationalen Regierungsbehörden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-welcomes-new-european-board-media-services>

EU – Förderprogramme

Kommission; Unterstützung von im Exil lebenden russischen sowie belarussischen Journalistinnen und Journalisten

Die Kommission gab am 03.02.2025 bekannt, mit einer Fördersumme von fast 3 Mio. EUR im Exil lebende unabhängige russische sowie belarussische Journalistinnen und Journalisten unterstützen zu wollen. Die Ausschreibung verfolge das Ziel, die Schaffung einer gesamteuropäischen Medien-Plattform bzw. eines europaweiten Netzwerks von Medienzentren zu unterstützen und damit ein pluralistisches Medienumfeld zu schaffen. Behörden, internationale sowie Nicht-Regierungs-Organisationen und Forschungszentren können sich bis zum 14.03.2025 auf diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen bewerben.

[Media Freedom Hub 2025 | Shaping Europe's digital future](#)

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

17./18.02.2025

Informell: Rat Allgemeine Angelegenheiten

17.02.2025 Eurogruppe

18.02.2025 ECOFIN

Europäische Kommission

19.02.2025 Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung

26.02.2025 Clean Industrial Deal - Erster Omnibusvorschlag
Aktionsplan für erschwingliche Energie

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen finden keine Sitzungen statt.

Ausschuss der Regionen

19./20.02.2025 **164. AdR-Plenum**
Konstituierung zur 8. AdR-Mandatsperiode 2025 – 2030
Eine stärkere europäische Verteidigungsindustrie
Unterstützung von KMU in regionalen
Wertschöpfungsketten – Förderung der Lokalwirtschaft
Beitrag der Programmplanung von LEADER und CLLD
nach 2027

21.02.2025 Konstituierung der Fachkommissionen ECON, CIVEX,
NAT, COTER, SEDEC und ENVE

Europäischer Gerichtshof

Die Woche vom 17. bis 21. Februar 2025 ist an sich sitzungsfrei. Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

25.02.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-233/23 Alphabet u. a.
– Fehlende Kompatibilität von Apps – Missbrauch einer beherrschenden Stellung
(ITL)

25.02.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-146/23 Sąd Rejonowy w Białymstoku und C-374/23 Adoreiké – Bezüge von Richtern
(POL / LIT)

25.02.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-758/24 Alace und C-759/24 Canpelli – Sichere Drittländer (ITL)

27.02.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-517/23 Apothekerkammer Nordrhein – Rabattwerbung bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (DEU)

27.02.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-203/22 Dun & Bradstreet Austria – Auskunftsanspruch bei automationsunterstützter Bonitätsbeurteilung (AUT)

27.02.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-674/23 AEON NEPREMIČNINE u. a. – Deckelung von Maklergebühren (SLO)

27.02.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-59/23 P Österreich / Kommission (Kernkraftwerk Paks II) – Ungarische Beihilfen für Kernkraftwerk Paks II

27.02.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-271/23 Kommission / Ungarn (Neueinstufung von Cannabis) – Abstimmung in der UN-Suchtstoffkommission über die Neueinstufung von Cannabis

27.02.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-134/24 Tomann – Massenentlassungen (DEU)

27.02.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-1031/23 Kaili / Parlament – Zugang zu Dokumenten

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 28.02.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
---------------------------------------	------------